Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1909. Nr. 198. Jahrgang 202.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Gr. Brauhausstr. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensleben in Halle a. S.

Donnerstag, 29. April 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Dessauerstraße 14. Telephon Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Die Lage in der Türkei.

Entgegen den wiederholten Meldungen, Abdul Hamid sei nach Saloniki gebracht worden, wird aus Konstantinopel berichtet, daß der abgesetzte Sultan sich, einer Aussage des derzeitigen Kammerherrn des neuen Sultans, Gabit-Bey, zufolge sich noch im Yildiz befindet. Sicher ist, daß die Jacht „Entogrul" vor Dolma Bagdsche unter Dampf liegt, anscheinend zur sofortigen Abfahrt bereit.

Der amtliche Wortlaut des in der Nationalversammlung am Dienstag über den Thronwechsel gefaßten Beschlusses ist folgender:

Dienstag, den 27. April 1909.

Die aus Senatoren und Deputierten zusammengesetzte als Nationalversammlung tagende Versammlung wählte einstimmig unter den beiden Vorschlägen, die in dem vom dem Scheich ül Islam unterzeichneten Fetwa enthalten sind, die Entthronung. Demzufolge wurde Sultan Abdul Hamid II. des islamitischen Kalifats und ottomanischen Sultanats für verlustig erklärt und als sein legitimer Erbe Mehmed Reschad Effendi unter dem Titel Sultan Mehmed V. zum Kalifen und Sultan proklamiert.

Staatsrat Muktar Pascha, Sohn des früheren Scheichs ül Islam, und andere Mitglieder der Liberalen Union sind am Dienstag noch vor dem Thronwechsel verhaftet worden. Der neue Sultan soll geäußert haben, sein Wunsch sei, gemäß dem Scheriagesetz und der Verfassung zu regieren. Er sei stolz darauf, der erste wirkliche Freiheitspadischah zu sein. Die türkische Presse huldigt dem neuen Sultan und gibt der Hoffnung auf eine neue, glückliche Aera Ausdruck. Den Blättern zufolge hat das Kabinett um seine Entlassung gebeten. Der Sultan hat es jedoch ersucht, vorläufig im Amte zu bleiben. — Präsident Fallières sprach dem neuen Sultan telegraphisch seine Glückwünsche aus.

Der neue Sultan Mohammed V. sprach sich zu einem Vertreter des „Tag", nachdem er sich als einen ausgesprochenen Anhänger der Verfassung bezeichnet hatte, über seine Stellung zu den Mächten und besonders Deutschland u. a. dahin aus: „Verkünden Sie, daß ich ein Freund der Mächte bin und nur den Wunsch hege, daß die Türkei mit allen Mächten in Freundschaft und Liebe verkehre, besonders mit unserem alten Freund und Gönner Deutschland."

Der Generalissimus Schewket Pascha erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter eines Berliner Blattes, er und alle türkischen Offiziere gedächten dankbar des Deutschen Reiches und ihrer deutschen Lehrmeister, vor allem v. d. Goltz Paschas. Sie wüßten, daß Deutschlands Sympathien auf ihrer Seite blieben und hofften, daß sie sich so würdig geführt hätten, wie ihre deutschen Freunde erwarteten.

Später erfahren wir noch aus Konstantinopel: Ueber die Wegführung Abdul Hamids verlauten folgende Einzelheiten: Abdul Hamid protestierte anfänglich energisch gegen seine Wegführung, fügte sich jedoch schließlich dem unabwendbaren Beschluß und wurde sehr niedergeschlagen. Er wurde mit kleinem Gefolge unter strengster Ueberwachung in die Gefangener fortgeführt. — In Konstantinopel läuft auch das Gerücht, der frühere Großwesir Kamil Pascha sei verhaftet worden. — Sultan Mohamed V. hat Tewfik Pascha mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt. — Wie aus Paris gemeldet wird, begab sich der französische Minister des Aeußern Mittwoch nachmittag auf die ottomanische Botschaft, um den türkischen Botschafter zur Thronbesteigung Sultan Mohameds V. zu beglückwünschen. Die französische Regierung hat der türkischen Regierung ihre Glückwünsche zum Thronwechsel telegraphisch übermittelt. — Schließlich wird aus Saloniki gedrahtet: Aus Dibra, wo vor einigen Tagen reaktionäre Umtriebe vorgekommen sind, trafen am Mittwoch beruhigende Nachrichten ein. Auf die Nachricht vom Thronwechsel hin haben sich die Einwohner von Dibra entschlossen, sich dem konstitutionellen Regime zu fügen. Bei Santa Santi Quaranta tauchen Räuberbanden auf, die einen Angriff auf die Stadt planen; militärische Vorkehrungen sind getroffen worden.

Die französisch-deutsche Annäherung als Grundlage des Weltfriedens.

Baron d'Estournelles de Constant, Mitglied des französischen Senats, hielt auf Einladung des Zentralkomitees für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich im Kaisersaal des preußischen Herrenhauses zu Berlin einen Vortrag über das Thema: „Die französisch-deutsche Annäherung als Grundlage des Weltfriedens". Unter den Anwesenden bemerkte man unter anderen den Präsidenten des Herrenhauses Freiherrn von Manteuffel, den Präsidenten des Reichstages Grafen Stolberg, General Pasche, Grafen Oppersdorf, Gesandten von Flotow, der im Namen des Auswärtigen Amtes erschienen war, sowie zahlreiche Parlamentarier und Diplomate. Der Redner führte unter lebhaftem Beifall aus, daß eine deutsch-französische Annäherung nicht nur notwendig, sondern geradezu unvermeidlich sei, und daß sie aufrichtig und ohne Hintergedanken verwirklicht werden müsse. Lebhaft dankte dem Redner für seine ausgezeichneten Worte und machte den Vorschlag, den Vortrag ins Deutsche übersetzen zu lassen, der von der Versammlung angenommen wurde.

Deutsches Reich.

* **Das Kaiserpaar auf Korfu.** Mittwoch nachmittag statteten die Majestäten einen Besuch bei der Königin und dem König von Griechenland im Stadtschloß zu Korfu ab und unternahmen dann einen Ausflug in Automobilen nach Culu Culara, von wo sie mit dem „Sleipner" zurückkehrten. An dem Ausflug nahm auch die Kronprinzessin von Griechenland teil.

* **Zum Besuche des Kaisers in Wien.** Der Stadtrat von Wien hat beschlossen, zur Ausschmückung der Straßen aus Anlaß des Besuches des Deutschen Kaisers 20 000 Kronen zu bewilligen.

* **Die Budgetkommission des Reichstags** setzte am Mittwoch die Beratung des Besoldungsgesetzes bei den Bestimmungen für Offiziere und Unteroffiziere fort. Der Antrag Erzberger bringt da zwei neue Bestimmungen. Nach der einen soll die Gewährung des Gehalts der einzelnen Dienststellen im Reichsheere von dem Tage der dauernden Uebernahme der Befugnisse derselben ab erfolgen. Nach der anderen Bestimmung sollen die Vorschriften über die Versagung der Alterszulage bei erheblicher Ausstellung gegen das dienstliche oder außerdienstliche Verhalten, die in einem früheren Paragraphen nach dem Antrag Erzberger für die Beamten beschlossen wurden, auf Offiziere und Unteroffiziere Anwendung finden mit der Maßgabe, daß gegen die Entscheidung des Generalkommandos die Beschwerde an das Kriegsministerium zulässig ist. Gegen beide Bestimmungen werden von konservativer und nationalliberaler Seite Bedenken geäußert, gegen die zweite, weil sie mit den disziplinaren Vorschriften in Widerspruch stehe. Einverstanden ist man damit, daß verhütet werden soll, daß Offiziere in Stellungen waren und auf Gehalt warten müssen. Von nationalliberaler Seite wurde hierzu im Verlaufe der Erörterung der Abänderungsantrag gestellt, daß die Gewährung des Gehalts spätestens von dem ersten Tage des zweiten der dauernden Uebertragung der Dienststelle folgenden Monats an erfolgen soll. Vom Schatzamt werden sehr erhebliche finanzielle Bedenken ausgesprochen. Schließlich wird die Abstimmung auf Wunsch des Kriegsministers ausgesetzt.

* **Das Marinelazarett in Yokohama** hat, wie man uns schreibt, erheblich an seiner Bedeutung für die Marine eingebüßt, seit das Lazarett in Tsingtau eingerichtet ist. Es ist daher angeregt, das Lazarett in Yokohama überhaupt eingehen zu lassen. Man darf jedoch annehmen, daß dieser Anregung keine Folge gegeben wird, weil die Erhaltung entschieden im Interesse des Deutschtums und der deutschen Industrie in Japan liegt.. Bekanntlich beruht die ärztliche Wissenschaft in Japan fast ganz auf deutscher Grundlage; und aus diesem Grunde trägt das Lazarett in Yokohama wesentlich dazu bei, daß die Japaner ihre Bestellungen an medizinischen Instrumenten nach Deutschland geben. Außerdem empfiehlt es sich wohl, zunächst die guten Wirkungen, die man von den ärztlichen Missionen erhofft, abzuwarten, da in Ostasien auf die gleichen Erfolge, wie sie die ärztlichen Missionsanstalten in Kleinasien erzielt haben, zu rechnen ist. Man wird daher wohl im nächsten Etat das Lazarett in Yokohama vom Etat der Marine, für die es kaum noch eine Bedeutung hat, auf den des auswärtigen Amtes übernehmen, da seine Erhaltung vor allem im Interesse des Deutschtums und der Wissenschaft liegt.

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 28. April, 1 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Die Vorlage über die Erweiterung des Stadtkreises Linden wird unverändert angenommen.

Einige Berichte des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten werden durch Kenntnisnahme erledigt.

Es folgt die Beratung der

Lehrerbesoldungsvorlage.

Die Kommission, für die Dr. **Graf Yorck von Wartenburg** Bericht erstattet, beantragt Annahme des Entwurfs unter erheblichen Abänderungen der Abgeordnetenhausbeschlüsse. Sie hat das von der anderen Kammer beschlossene Prinzip — Verteilung der Staatszuschüsse an die Schulverbände nach Maßgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit — beseitigt und die Regierungsvorlage wieder hergestellt, nach der diese Zuschüsse auch größeren Gemeinden zugute kommen. Die erforderlichen Mittel hat die Kommission durch Streichung der Amtszulagen von 100 Mark für alleinstehende Lehrer freigemacht. Auch die Mietsentschädigung und die Alterszulagen sind von der Kommission herabgesetzt worden.

Dazu liegen Anträge der Herren **Graf von Carmer-Osten** und **von Byern** vor, die im wesentlichen Wiederherstellung der Abgeordnetenhausbeschlüsse erstreben.

Graf von Hohenthal-Dölkau beantragt, für die Schulverbände mit mehr als 25 Schulstellen nur 850 000 Mark (statt 2 350 000 Mark nach dem Beschluß der Herrenhauskommission) alljährlich zur Gewährung von Ergänzungszuschüssen bereitzustellen.

Professor Dr. **Reinke**-Kiel beantragt, als Ersatz für die gestrichenen pensionsfähigen Amtszulagen an erste und alleinstehende Lehrer die Bestimmung in den § 24 aufzunehmen, daß solche Amtszulagen von den Gemeinden gewährt werden können und daß den Gemeinden überlassen bleibt zu entscheiden, ob diese Amtszulagen pensionsfähig sein sollen.

Professor Dr. **Loening**-Halle beantragt, diese Amtszulagen nach der Fassung des Abgeordnetenhauses und auch die Alterszulagen in der Höhe der Abgeordnetenhausfassung zu gewähren.

Bei § 1 findet eine allgemeine Besprechung statt.

Kardinal **Kopp** beanstandet die von der Kommission beschlossene Neuregelung der Alterszulagen, die eine gewisse Verkürzung der Bezüge bringt. Man will hier sparen, um an anderer Stelle eine Unbequemlichkeit zu beseitigen. Sicher darf man den Lehrerstand nicht mit dem Beamtenstand gleichstellen. Unzufriedenheit darf unter den Lehrern nicht entstehen. Diese hoffen jetzt auf das Herrenhaus und wünschen daher zum mindesten Annahme der Abgeordnetenhausbeschlüsse. Leider ist auch die Amtszulage für alleinstehende Lehrer gestrichen. Dies heißt doch an falscher Stelle sparen. Man sagt, auf 100 Mark komme es nicht an. Aber bei einem Einkommen von 1200 bis 1400 Mark kommt es auf 100 Mark wohl an. Auch an der Agitation gegen die Rektoren sind die alleinstehenden Lehrer offenbar nicht beteiligt. Ich bitte, die Anträge Graf Carmer anzunehmen. Die Aenderung, die auch größeren Gemeinden die Staatszuschüsse wiedergeben will, findet meinen Beifall. Es handelt sich hier um Verabschiedung eines großen Werkes. Machen wir hier kein Flickwerk. Der Finanzminister ermögliche es uns, ganze Arbeit zu machen.

Oberbürgermeister Dr. **Rive**-Halle: Die Kommission wollte Verständigung mit Regierung und Abgeordnetenhaus und glaubt dieses Ziel erreicht zu haben. In erster Linie sollte Besserstellung der Lehrer erzielt werden, aber nicht ohne gleichzeitige Berücksichtigung der Deckungsmittel. Anfangs wollte die Kommission das Anfangsgehalt nach dem Vorschlage der Regierung bemessen. Aber 1350 Mark erschienen für den Westen nicht ausreichend. So gaben wir nach. Bei den Alterszulagen waren wir den vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Erhöhungen anfangs nicht freundlich gesinnt. Anders bei den sogenannten Zuschüssen. Das Abgeordnetenhaus wollte für die Unterstützungsbedürftigkeit neue Grundsätze aufstellen. Seinem Vorschlage aber hat die Kommission ihre Zustimmung versagt. Das Gesetz sieht die rückwirkende Kraft vor und das Herrenhaus ist dem beigetreten, obwohl ein Eingriff in die Selbstverwaltung vorliegt.

Graf von Carmer: Ein Teil meiner Freunde will Wiederherstellung der Abgeordnetenhausbeschlüsse. Die Kommissionsbeschlüsse tragen den Großstadtinteressen Rechnung, während das Land und die Kleinstädte benachteiligt sind. Wie oft hat man die Landlehrer getröstet, die Besoldungsvorlage werde die Zurücksetzung der Landlehrer im Gehalt beseitigen! Nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses dürften die Landlehrer auf diesen Ausgleich rechnen. Jetzt aber wird ihnen diese Hoffnung zum Teil wieder genommen. Gewiß bringt das Gesetz allen Lehrern große Vorteile. Aber diese bringt es auch den Beamten. Den Unterschied im Einkommen der Stadt- und der Landlehrer läßt es zum Teil bestehen. Die Alterszulage in Höhe von 250 Mark ist von der Kommission auf die fünfte und sechste Stufe verschoben. Dieses trifft die Lehrer meist gerade in den Jahren, in denen sie die Mehreinnahme am nötigsten brauchen. Im Fall ihres Todes aber werden die Witwen um den entsprechenden Betrag benachteiligt sein. Die Benachteiligung der Landlehrer durch die Kommissionsbeschlüsse beträgt 600 Mark und von diesen Verschiebungen werden 20 000 Lehrer betroffen. Insbesondere beklagen wir die Beseitigung des Beschlusses, nach dem alleinstehende Lehrer nach zehnjähriger Dienstzeit eine pensionsfähige Zulage von 100 Mark erhalten sollen. Wir hoffen, diese Bestimmung wird wiederhergestellt. Sollen doch diese 100 Mark den Lehrern ihren schweren Beruf freudiger gestalten und der Landflucht entgegenarbeiten. Wie schwer sind die Anforderungen an den alleinstehenden Landlehrer! Ist der Unterricht beendet und der Großstadtlehrer kann spazieren gehen, dann kommen die Leute zum Landlehrer als zu ihrem Vertrauensmann und er muß ihnen mannigfache Arbeiten machen. In meiner 20jährigen Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter bin ich viel mit Landlehrern zusammengekommen und immer habe ich gehört, wie schmerzlich diese es empfinden, als Lehrer zweiter Klasse behandelt zu werden. Wird auch mancher von uns durch die Abgeordnetenhausbeschlüsse stärker belastet, so hält er es doch für gerecht, daß diese Beschlüsse Gesetz werden. Werden die Abgeordnetenhausbeschlüsse auch hier angenommen, dann wird das Gesetz zur Befriedigung der Wünsche der Lehrer in Stadt und Land beitragen. (Lebhafter Beifall.)

Ministerialdirektor **Schwartzkopff:** Als Regierungsvertreter befinde ich mich in eigenartiger Lage. Die Kommission hat die Regierungsvorlage wiederhergestellt und ich muß Sie doch bitten, den Antrag Graf Carmer anzunehmen. Die feststehenden Staatsbeiträge entstanden einst in der Erwägung, die Kommunallasten seien zu hoch. Daher wurden in den 80er Jahren jeder Gemeinde für die Lehrerstelle 500 Mark gegeben, und erst das Lehrerbesoldungsgesetz 1897 meinte, man gehe in der Gewährung von Staatszuschüssen zu weit. Einen Rechtsanspruch auf diese Zuschüsse hat doch keine Gemeinde. (Oho! bei den Bürgermeistern.) Die Gesetzgebung kann dies ändern. Nur leistungsunfähige Gemeinden sollen unterstützt werden. Berlin wird doch die 430 000 Mark schon aufbringen können. Obendrein ist ja ein Fonds von 5 Millionen bereitgestellt.

Graf von Wartensleben tritt für den Antrag Carmer ein, der der Landflucht der Lehrer entgegenwirke.

Oberbürgermeister **Lentze**-Magdeburg: Ueber die Interessen der Lehrer dürfen wir die Interessen der Schulverbände nicht vergessen. Den Ausführungen des Ministerialdirektors über die Staatszuschüsse können wir nicht folgen. Es ist bisher in keiner Weise davon gesprochen worden, daß es sich hier nur um Uebergangssätze handelt. Wenn die Staatszuschüsse der Verfassung widersprechen, dann hätten sie nicht gesetzlich festgelegt werden dürfen.

Finanzminister **Frhr. v. Rheinbaben:** Den begründeten Interessen der Lehrer stehen hier entgegen die Interessen einiger großer Gemeinden. (Unruhe bei den Oberbürgermeistern.) Es kann doch ernstlich nicht bestritten werden, daß sich die Leistungsfähigkeit der Großstädte ganz wesentlich gehoben hat. (Widerspruch bei den Oberbürgermeistern.) Das werden die Oberbürgermeister bestreiten, aber sachlich habe ich doch recht. (Heiterkeit.) Die Miquelsche Steuerreform hat in den Realsteuern den Großstädten neue große Einnahmequellen erschlossen, die noch nicht vorhanden waren, als die Staatszuschüsse beschlossen wurden. (Hört! hört!) Es ist doch auch nicht zu bestreiten, daß unsere ganze wirtschaftliche Entwickelung zugunsten der Großstädte erfolgt ist, wenn ich auch nicht verkenne, daß die zunehmende steuerliche Belastung der Bewohner der Großstädte ein Gegenstand ernstlicher Besorgnis ist. (Aha! Rufe bei den Oberbürgermeistern.) Das Abgeordnetenhaus hat einfach den Gedanken ausgebaut, nur dort etwas zu geben, wo ein Bedürfnis vorhanden ist. Die Regierung bringt im Interesse der Lehrer große finanzielle Opfer. Da könnten die Großstädte doch auch ein Entgegenkommen zeigen. Ich teile nicht die Auffassung vom Wasserkopf Berlin. Im Gegenteil, ich bin für das Zusammenarbeiten zwischen Staat und Kommune. Aber ist es sachlich gerechtfertigt, kann es als Ausfluß einer Verfassungsbestimmung anerkannt werden, dieser leistungsfähigen Gemeinde einen jährlichen Staatszuschuß von über 400 000 Mark zu ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190904292-16/fragment/page=0001

währen? Diese Beträge sollen ja nicht in der Staatskasse bleiben, sondern sie sollen in den Ergänzungszuschußfonds fließen, aus dem die unvermögenden Gemeinden unterstützt werden sollten. Gerade der Grundsatz der Justitia distributiva spricht dafür, es so zu machen, wie das Abgeordnetenhaus es beschlossen hat. Ich gebe zu, daß die rückwirkende Kraft den Großstädten besonders schwer fallen wird. Aber sie waren ja darauf vorbereitet. (Widerspruch bei den Oberbürgermeistern.) Ich hoffe, daß sich hier ein Weg finden wird, um den Interessen der Großstädte entgegen zu kommen. (Bravo!)

Im weiteren Verlauf der Erörterung tritt noch

Graf Botho zu Eulenburg für die Kommissionsbeschlüsse ein, hofft aber auf eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhause, die den Lehrern die Orts- und Alterszulage im Sinne der Abgeordnetenhausbeschlüsse sichert.

Die Erörterung schließt. § 1 wird angenommen.

Donnerstag ½1 Uhr: Fortsetzung. Schluß 5½ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

73. Sitzung vom 28. April, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Wever, Schwartzkopff.

Die Vorlage über Erweiterung des Stadtkreises Düsseldorf wird in dritter Lesung angenommen.

Die zweite Lesung des

Kultusetats

wird bei der allgemeinen Besprechung fortgesetzt.

Abg. **Frhr. v. Zedlitz** (kons.): Ich hoffe auf allgemeines Verständnis, wenn ich auf den gestrigen Wortschwall nicht ausführlich eingehe. Die Volksschule ist durchaus berufen, die Kinder zu guten Menschen, Christen und Patrioten zu erziehen. Hoffmann hat gezeigt, daß ein Sozialdemokrat in der Schuldeputation nichts zu suchen hat (lebhafter Beifall) und daß eine Regierung pflichtwidrig handelte, die Sozialdemokraten in der Schuldeputation duldete. (Sehr richtig!) Alle Parteien werden darüber einig sein, daß der Religionsunterricht in den Volksschulen nicht zu entbehren ist. Ein Sozialdemokrat in der Schuldeputation würde dieselbe Rolle spielen wie ein notorischer Defraudant als Kassenbeamter. (Große Heiterkeit.) Hoffmann will Milliarden für die Volksschule bewilligen. Werden die Herren dann aber auch für den Etat stimmen? (Sehr gut! Abg. Hoffmann: Bringen Sie ihn nur ein!) Gehören Sie zu der Minderheit von süddeutschen Genossen, die im bewußten Gegensatz zum Parteitagsbeschluß für den Etat stimmen? (Sehr gut! und Heiterkeit.) Gehen wir also über Herrn Hoffmann zur Tagesordnung über! (Lebhafter Beifall.) Das Kultusministerium sollte durch Teilung so gestaltet werden, daß der künftige Nachfolger des Herrn Holle nicht wieder Gefahr läuft, unter der Last seiner Arbeit zusammenzubrechen. Genau genommen ist ja das Ministerium schon viel länger verwaist, weil es lange an einem Manne fehlte, der dieses größte aller Ressorts völlig übersehen konnte. Wenn es jetzt heißt: „Schwartzkopff macht alles!" so kann dies dem Ministerialdirektor nur zur Ehre gereichen.

Abg. **Heckenroth** (kons.): Wer die Bibel behandelt wie gestern Abg. Hoffmann, verdient nicht ernsthafte Würdigung. (Lärm der Soz.) Die Berufung der Bürgermeister der Rheinprovinz zu Vorsitzenden der Schulvorstände, paßt nicht zur Ueberbürdung dieser Kommunalbeamten. Im Falle Mahling ist das sog. Separatvotum keineswegs nur von einem einzelnen Professor unterschrieben worden. Bei der Berufung der Theologie-Professoren ist das Wort Parität auf liberaler Seite geprägt worden. Wir stimmten der Parität zu, um der Linken entgegenzukommen. Unter der Flagge der Parität hat sich aber allmählich ein Ueberwiegen der liberalen Richtung entwickelt. Im Vorjahr hat sich Abg. Hackenberg zur Parität durchaus freundlich und zustimmend geäußert. Im Fall Mahling war die Wahl des Ministeriums außerordentlich glücklich. Die Ausführungen, die hier gegen Mahling gemacht sind, bedauere ich. Mahling verdient durchaus den Namen eines wissenschaftlichen Mannes. Seine feinsinnigen Schriften haben bleibenden Wert. Er ist ein vorzüglicher Prediger und hat sich auf verschiedenartigen praktischen Gebieten ganz außerordentlich bewährt. Darum haben wir seine Wahl besonders begrüßt. (Lebh. Beifall rechts.)

Abg. **Wizmann** (natl.): Der Vorwurf des Unterstaatssekretärs gegenüber dem Abg. Hackenberg, als hätte dieser Herrn Mahling persönlich angegriffen, ist unberechtigt. Die Berufung Mahlings kritisieren wir vornehmlich deshalb, weil bei ihr das Vorschlagsrecht der Fakultäten nicht gebührend geachtet worden ist. Herr Schwartzkopff hat gestern die vom Abg. Hoff zitierte Zusammenstellung des deutschen Lehrervereins über die Volksschulverhältnisse als unrichtig bezeichnet, aber seinerseits uns keine andere Zusammenstellung gegeben. Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir von der Richtigkeit der von Herrn Hoff gegebenen Statistik überzeugt sind. Der Ueberfüllung der Klassen, dem Halbtagsschulwesen muß Einhalt getan werden. Eine staatsbürgerliche Erziehung auch der Volksschuljugend ist unerläßlich. Man wird auch Mittel und Wege finden müssen, dem übergroßen Zudrang zu den höheren Schulen zu steuern. Es gibt aber nur ein Mittel, der Ueberfüllung der höheren Schulen zu steuern: die Herstellung eines Vertrauensverhältnisses zwischen Schule und Haus, das die Eltern Rücksicht auf die Ratschläge der Lehrer nehmen läßt. Gegen die Ausmerzung des Religionsunterrichts aus der Schule muß ich mich aus pädagogischen Gründen entschieden aussprechen. Die ausländischen Studenten dürfen wir von unseren Hochschulen nicht völlig verbannen.

Ein Schlußantrag wird angenommen; die Generaldebatte ist damit erledigt.

In der Einzelbesprechung werden darauf die Kapitel „Ministergehalt und Ministerium", „Evangel. Oberkirchenrat, evangel. Konsistorium, Geistliche und Kirchen" bewilligt.

Bei den Kapiteln „Bistümer, katholische und altkatholische Geistliche und Kirchen" beschwert sich

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole) über aufdringliche Propaganda einer sogen. Evangelisationsgesellschaft unter der katholischen Bevölkerung des Erzbistums Gnesen-Posen, über die protestantisierende Wirkung der Ansiedelungspolitik und über die Verdeutschung ursprünglich polnischer Ortsnamen in der Ostmark.

Ministerialdirektor **v. Chappuis** weist diese Beschwerden als unberechtigt zurück. Die Beschwerde über die Umtaufung von Ortsnamen gehöre überhaupt nicht hierher, sondern zum Etat des Ministers des Innern.

Bei den Kapiteln „Kunst und Wissenschaft" beantragt die Kommission, anstelle der zwölf Abteilungsdirektoren in der Verwaltung der Kunstmuseen zu Berlin nur elf zu bewilligen, dagegen eine staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege in Berlin zu errichten.

Abg. **v. Arnim** (kons.) wendet sich gegen den von verschiedenen Seiten geplanten Bau eines zweiten Völkerkundemuseums in Dahlem bei Berlin. Der Bau würde 2½ Millionen kosten. Bei den jetzigen Zeitläuften, angesichts unserer Finanzknappheit und der unabwendlichen Notwendigkeit Erhöhungen der Einkommen- und anderer Steuern vorzunehmen, dürfen wir nur die notwendigsten Ausgaben machen. Gegen die Begründung einer staatlichen Stelle für die Naturdenkmalspflege haben wir nichts einzuwenden, hoffentlich gelingt es, als Leiter dieser Stelle den bewährten Direktor des westpreußischen Provinzialmuseums, Dr. Conwentz, zu gewinnen, der eine Anstellung als Abteilungsdirektor abgelehnt hat.

Ein **Regierungskommissar** erklärt, die Regierung fasse den Kommissionsbeschluß wegen der Naturdenkmalspflege als eine Anregung für sie, nicht als einen Eingriff des Parlaments in die Exekutive auf. In diesem Sinne sei er mit dem Kommissionsbeschluß einverstanden.

Abg. Graf **Praschma** (Ztr.): Wir warnen die Regierung, kostspielige Museumsbauten zu errichten.

Geheimrat **Tillmann** betont, daß schon die Finanzlage der Regierung Zurückhaltung bei Museumsbauten auferlege.

Abg. **v. Bülow**-Homburg (natl.): Wenn ja auch die Finanzlage in Betracht kommt, so darf doch der Bau des Museums für Völkerkunde nicht zu sehr hinausgeschoben werden.

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.): Auch wir sind der Meinung, daß mit dem Bau eines zweiten Völkermuseums einstweilen gewartet werden muß, bis sich das Bedürfnis als unabweisbar herausgestellt hat.

Abg. **v. Bühlendorff**-Köslin (kons.) wendet sich ebenfalls gegen den Plan der Errichtung eines neuen Völkerkundemuseums. Wenn die Sammlungen jetzt darunter leiden, daß sie teilweise in Kisten verpackt auf Boden und Keller stehen, so haben wir doch in den vielen Provinzialsammlungen ähnlicher Art in Preußen wie in anderen deutschen Staaten willige Abnehmer für die in Berlin überschüssigen Schätze. (Sehr wahr!)

Nach kurzer Erörterung wird der Kommissionsantrag angenommen.

Donnerstag: Fortsetzung. Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

250. Sitzung vom 28. April, 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betr.

Sicherung der Bauforderungen von Handwerkern

(Baubuch für jeden Neubau, Eintragung eines Bauvermerks bei Beginn des Baues, der die Wirkung einer Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf hypothekarische Eintragung der Bauhandwerkerforderungen hat).

Es liegen zu den Kommissionsbeschlüssen nur wenige Abänderungsanträge vor. Abg. **Mayer**-Kaufbeuren (Ztr.): Es ist zu begrüßen, daß es der Kommission gelungen ist, auch den Reparaturbau, den Umbau und den Abriß in das Gesetz einzubeziehen. Dankenswert ist es, daß überhaupt endlich dieses Schutzgesetz zustande gekommen ist. Erfreulich ist auch, daß die Kommission die Beschränkung des Gesetzes nur auf Bauten „zu Wohn- und gewerblichen Zwecken" gestrichen hat. Auch die Einführung des Bauschöffenamtes ist zu begrüßen. Redner, der zugleich Berichterstatter ist, verbreitet sich sodann referierend über die einzelnen Paragraphen und die dazu von der Kommission gefaßten Beschlüsse.

Abg. **Pauli**-Potsdam (kons.): Die Handwerker sind, so weit ich es habe feststellen können, durchgehends mit dem Gesetz in der Gestalt, in der es aus der Kommission herausgekommen ist, zufrieden. Alle Wünsche haben ja allerdings nicht erfüllt werden können. Auf alle die vielen Einzelheiten gehe ich nicht ein, nachdem dies seitens des Vorredners zur Genüge geschehen ist. Ich schließe daher mit dem Wunsche, daß das Gesetz dem Handwerk zum Segen gereichen möge.

Abg. **Linck** (nl.): Wir sind in der Kommission mit Freuden an diese Arbeit herangetreten, und wir wir glauben, war die Arbeit erfolgreich. Unvermeidlich war, daß, je intensiver die Sicherstellung des Bauläubigers erfolgte, desto mehr auch der Bauherr in seinen finanziellen Dispositionen beschränkt wurde. Deshalb durfte auch in der Sicherstellung der Bauläubiger nicht zu weit gegangen werden im eigenen Interesse des Bauhandwerks.

Abg. **Dove** (frs. Vgg.): Am Regierungsentwurfe haben wir seinerzeit die schärfste Kritik geübt. Die Kommission hat aber das Richtige gefunden, um dem Bauschwindel entgegenzutreten. Kleine Bedenken haben wir freilich noch. Die werden aber erheblich abgeschwächt durch die Einrichtung des Bauschöffenamts. Wir stimmen dem Entwurf zu, wenn auch nicht mit überschwänglicher Begeisterung.

Abg. **Bömelburg** (Soz.): Das Gesetz dient zunächst den Interessen der Unternehmer. Die Stimmen dagegen haben sich vermehrt. Vielfach glaubt man, daß nur die Rechtsanwälte davon Nutzen haben werden.

Abg. **Rudan** (frs. Vp.): Allzu große Hoffnungen setzen wir nicht auf das Gesetz, aber wie fast alle Redner sind wir der Güte des ersten Teils des Gesetzes überzeugt. Das Bedenken besteht freilich, daß durch diese Bestimmungen die Bauzeit verlängert werden könnte, so daß nur auf kapitalkräftige Personen, große Firmen die Bautätigkeit übergehen werde. Dadurch würde der Mittelstand, dem man helfen will, nur geschädigt werden. Vielleicht werden aber die Handwerker sich um so mehr veranlaßt sehen, sich genossenschaftlich zu organisieren, was immerhin ein Erfolg wäre. Jedenfalls werden wir für das Gesetz stimmen.

Abg. **Waida** (Pole) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage.

Abg. **Wieland** (dtsch. Vp.) stimmt ebenfalls zu.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In dem Abschnitt 2, der von der dringlichen Lieferung der Bauforderungen handelt, bestimmt § 1, daß im Falle eines Neubaues in den durch landesherrliche Verordnung bestimmten Gemeinden diese Sicherung stattgefunden hat. Vor Erlaß der Verordnung sind die Gemeinde und die Handwerkskammer des Bezirks zu hören.

Auf Antrag der Freisinnigen und Nationalliberalen wird beschlossen, daß auch die amtliche Handelsvertretung zu hören ist. Ebenso (auf Antrag der Sozialdemokraten), daß auch die Arbeitervertretung dabei zuzuziehen ist.

Bei dem Abschnitt über das Bauschöffenamt wird ein von dem Abg. **Frank**-Mannheim (Soz.) befürworteter Antrag, daß unter den Bauschöffen sich mindestens ein Bauarbeiter befinden müsse, abgelehnt. Ebenso ein sozialdemokratischer Antrag, die Vorschrift zu streichen, wonach von den Bestimmungen über das Bauschöffenamt Abweichungen durch landesherrliche Verordnung zugelassen sein sollen.

Weitere Debatten entstehen nicht mehr, die zweite Lesung der Vorlage ist damit beendet.

Gegen 5½ Uhr beginnt das Haus noch die erste Lesung der Vorlage betreffend

Verbot der zollwidrigen Verwendung von Gerste,

d. h. Verbot, die zu den niedrigerem Zollsatze von 1,30 Mark eingeführte „andere Gerste" als Malzgerste (also zu Brauzwecken) zu verwenden.

Abg. **Speck** (Ztr.) tritt für die Vorlage ein. Daß eine umfangreiche mißbräuchliche Verwendung der Gerste, besonders serbischer Gerste, schwer nachweisbar sei, sei begreiflich, denn nach erfolgter Zollabfertigung finde eine Kontrolle nicht statt. Den Kern der Sache habe die Begründung getroffen mit der Bemerkung, daß über die Zollbehandlung seitens der Beamten bei gleicher Gerste verschiedene Meinungen bestehen „können". Das sei durchschlagend. Das beste Gegenmittel gegen den Mißbrauch sei die Färbung. Daß diese nur zugelassen werden solle, soweit sie durchführbar erscheine, mache die ganze Maßregel illusorisch, zu einer halben Maßregel. Ich beantrage kommissarische Vorberatung.

Schatzsekretär **Sydow**: Wir sind nur in einem einzigen Falle zu der bestimmten Feststellung gelangt, daß eine Unterverzollung von Gerste stattgefunden hat. Zugegeben ist aber, daß mindestens eine Versuchung vorliegt, niedrig verzollte Gerste zu Brauzwecken zu verwenden. Deshalb haben wir uns zu diesem Vorschlage entschlossen.

Abg. **Graf Kanitz** (kons.) befürwortet Kommissionsberatung.

Nach kurzer weiterer Besprechung tritt Vertagung auf Donnerstag ein.

Ausland.

Der König und die Königin von England sowie die Kaiserin-Witwe von Rußland sind nach Palermo eingetroffen und haben, nachdem sie vormittags an Land gekommen waren, um verschiedene Sehenswürdigkeiten zu besichtigen, Mittwoch abend die Fahrt nach Baja fortgesetzt, wo sie heute mit dem König und der Königin von Italien zusammentreffen werden.

Oesterreich-Ungarn. Im österreichischen Abgeordnetenhause brachte der Finanzminister in der Sitzung am Mittwoch Gesetzentwürfe über die Abänderung der Branntweinbesteuerung, die Erhöhung der Biersteuer und die Neuregelung der Staatsüberweisungen an die Landesfonds ein. In seinem Exposé legte er Verwahrung ein gegen die Behauptung, daß die Aufsuchung neuer Einnahmequellen vornehmlich für Bedürfnisse der äußeren Politik erfolge, welche sich mit etwa 12 Millionen Kronen jährlich abschätzen ließen. Sie sei vielmehr unerläßlich zur Beseitigung des drohenden Defizits im Staatsbudget, zur Sanierung der Landesfinanzen und für die bekannten des Staates harrenden großen Ausgaben für sozialpolitische und militärische Zwecke. Der Minister kündigte sodann eine progressive Erbschaftssteuer an, die jedoch nur ein Steuerplus von 10 bis 41 Millionen ergeben werde. Er erklärte, die Sanierung der Landesfinanzen solle nach einem gerechten Maßstab für alle Länder durch Ueberweisung der Mehreinnahmen sowohl aus der Branntweinsteuer als auch aus der Biersteuer erfolgen. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen erklärte der Finanzminister, daß er eine Erhöhung der Staatsbahntarife für nötig halte, weil die Staatsbahnverwaltung rentabel gestaltet werden müsse. Der Minister betonte schließlich, daß die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Staatshaushalte schon im diesjährigen Budget kaum ohne Erschließung neuer Einnahmequellen möglich sein werde, und empfahl rascheste Beratung der Vorlagen. — Das Haus setzte dann die Beratung des dringlichen Antrages auf Aufhebung oder Zweiteilung des galizischen Landsmannministeriums fort, dessen erster Teil von den Antragstellern zurückgezogen wurde. Der Antrag wurde schließlich vom Hause abgelehnt.

Frankreich. Nach einer Meldung aus Toulon soll sich die Mannschaft des Linienschiffes „Saint Louis" geweigert haben, von einem verdorbenen Stück Fleisch zu essen. Drei Mann sollen verhaftet worden sein, weil sie die Tische nicht abräumen wollten. Die Leute sollen später jedoch wieder freigelassen worden sein.

Niederlande. Die mit der Prüfung des am 23. April 1908 zu Berlin geschlossenen Nordseeabkommens beauftragte Kommission der Kammer hat einen Bericht veröffentlicht, worin sie der Ansicht Ausdruck gibt, die Regierung habe durch Teilnahme an dem Abkommen den Interessen des Landes gedient, und die Akte könne bei Zwischenfällen in der Nordsee der Regierung ihre Bemühungen, die Niederlande von Konflikten fernzuhalten, sehr erleichtern.

Bulgarien. Die Nachricht des Belgrader Blattes „Zuvor" von einer bevorstehenden Zusammenkunft des Königs von Serbien mit dem König von Bulgarien an der serbischen Grenze ist vollständig unbegründet: — Ein Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung" vom 28. cr. meldet: Nach den hier vorliegenden amtlichen Nachrichten hat der deutsche Vertreter gestern ebenso wie die Vertreter Oesterreich-Ungarns und Italiens die Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens in amtlicher diplomatischer Weise der bulgarischen Regierung zur Kenntnis gebracht, nachdem diese in der Angelegenheit der orientalischen Bahn befriedigende Erklärungen abgegeben hatte. Man darf mit Sicherheit erwarten, daß die Bahnfrage in nächster Zeit zur Befriedigung aller Beteiligten ihre endgültige Erledigung finden wird.

Persien. Aus Dschulfa wird gemeldet: Am 26. und 27. April betraten die Hauptkräfte des Generals Snarski das persische Gebiet. Am 26. April wurde eine Kosakenpatrouille im Engpaß von Daradis, 23 Werst von Dschulfa, von persischen Truppen beschossen. Diese stellten kategorisch kriegerische Absichten in Abrede, erklärten aber, sie würden die Kosaken nicht durch den Engpaß lassen. Die Kosaken trafen abends im Lager, 20 Werst von Dschulfa, wieder ein. Einen Kosaken, den die Perser beim Engpaß gefangen nahmen, ließen sie wieder frei und sandten ihn in das Lager mit der brieflichen Meldung zurück, sie hätten irrtümlich auf die Kosaken gefeuert, die sie für verkleidete Revolutionäre gehalten hätten.

Aus Nah und Fern.

Zu den Vermählungsfeierlichkeiten in Glücksburg sind außer den schon genannten Fürstlichkeiten der Großherzog von Oldenburg, der Herzog und die Herzogin von Sachsen-Koburg und Gotha, die Prinzessinnen Viktoria Luise und Viktoria Margarethe von Preußen eingetroffen. Am Mittwoch um 12 Uhr erfolgte in der Schloßkirche die Trauung, nachdem zuvor der oldenburgische Minister Scheer die standesamtliche Eheschließung vollzogen hatte. Alsdann begaben sich die Neuvermählten mit den Familienangehörigen und den übrigen hohen Gästen in den großen Schloßsaal, wo die Tafel stattfand. Prinz Johann von Dänemark war zu der Vermählungsfeier nicht eingetroffen, dagegen war der dänische Minister des Aeußern, Graf Ahlefeldt-Laurvigen, zugegen.

Dampferzusammenstoß. Wie der „Neuen Freien Presse" aus Fiume gemeldet wird, ist der der Ungarisch-Kroatischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft gehörige Dampfer „Salona" auf der Fahrt von Venedig nach Fiume mit dem Dreimaster „Santa Croce" so heftig zusammengestoßen, daß die „Santa Croce" gesunken ist. Die Mannschaft der „Santa Croce" wurde gerettet. Auch der Dampfer „Salona" hat schwere Beschädigungen erlitten.

Der irrsinnige Kanonier. Ein Kanonier des 31. Feld-Artillerie-Regiments in Hagenau stürzte sich, irrsinnig geworden, im Stall einer jede Veranlassung mit der Heugabel auf einen Hauptmann, einen seiner beliebtesten Offiziere, um ihn zu erstechen. Sechs Kameraden waren nötig, um den Irrsinnigen zu binden und ins Lazarett zu bringen.

Das Telephonieren geht zurück. Die Reichspostverwaltung hat festgestellt in diesem Jahre bei Fernsprechapparaten-Fabriken 12000 Apparate weniger als im Vorjahre. Als Grund wird ein erheblicher Rückgang in der Zahl der Telephonabonnements angenommen.

Brandstiftung. In der Nacht zum 28. cr. brach in dem Magazin des Eisenbahn-Regiments in Kornenburg Feuer aus, wobei, den Wiener Blättern zufolge, dreiunddreißig vollständige Feldtelegraphen-Ausrüstungen verbrannt sein sollen. Man vermutet Brandstiftung.

Liebesgram. Unweit der Mündung der Spree in die Havel wurden gestern die mit Stricken aneinander gebundenen Leichen des 28jährigen Heizers Junge, der 25jährigen Frau Hirschmann und ihres Kindes im Wasser treibend gefunden. Liebesgram und finanzielle Sorgen sollen der Beweggrund zu der Tat sein.

Der Dieb in der Königsgruft. Wernikewitz, der bei dem Diebstahl in der Königsgruft zu Röstilde mit beteiligt war, ist zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Das Unterseeboot „Foca" ist wieder flott gemacht.

Schüleraustausch. Die „Société Internationale d'Études de Correspondance et d'Échanges (Concordia)" hat während der Ferien 1907 gratis die Unterbringung oder den Austausch von 66 Schülern der höheren französischen und ausländischen Lehranstalten veranlaßt. Im Jahre 1908 dehnte der Verein seine Tätigkeit auf ganz Europa aus und nur 168 französischen, deutschen und englischen Familien dienlich. In dieser Zahl sind nicht die Unterkünfte und Austausche inbegriffen, welche direkt ausgeführt wurden und die gemäß den Berichten der Telegierten des Vereins sehr zahlreich wurden. Auskünfte werden durch den Sitz der Vereinigung in Paris, 15 Rue des Grands Augustins (Generalsekretär Professor Langevin), erteilt.

inf. **Peinliche Affäre.** Auf dem Berliner Fernsprechamt ist soeben, wie der „Grf." mitgeteilt wird, eine sehr unliebsame Affäre das peinliche Aufsehen hervorgerufen. Ein höherer Beamter dieses Telephonamtes, ein Telephoninspektor namens Kessel, hat zu mehreren der ihm unterstellten Telephonbeamtinnen Beziehungen angeknüpft, die nicht ohne Folgen geblieben sind. Der Fall erregt um so größeres Aufsehen, als der betreffende Beamte nicht nur verheiratet und Vater von vier Kindern ist, sondern auch versucht hat, sich gegen § 218 des Str.-G.-B. zu vergehen. Die Affäre ist dem Vernehmen nach eine Hebamme aus Schöneberg und ein Arzt aus Wilmersdorf verwickelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190904292-16/fragment/page=0002

Explosion. Mittwoch mittag 1 Uhr ereignete sich in den Gründerger Hartsteinwerken Fistner eine Explosion des zur Trocknung der Steine dienenden Sandtreffels. Der Kessel wurde 100 m weit geschleudert und richtete im weiteren Umkreise erhebliche Verwüstungen an. Ein Arbeiter und ein Feuermann sind getötet, ein dritter Arbeiter ist schwer verletzt.

Provinz Sachsen und Umgebung.

+ **Weißenfels**, 27. April. (Zahnstocherfabrikation.) Die Erzeugung von Zahnstochern ist in Weißenfels wohl schon länger als ein halbes Jahrhundert heimisch. Ursprünglich Hausindustrie, hat sich später eine fabrikmäßige Herstellung daraus entwickelt, ohne jedoch die Heimarbeit ganz zu verdrängen. Zur Fabrikation der Zahnstocher wird hauptsächlich das sogenannte Pfaffenhütchenholz (Eronymus europäus) verwendet, daneben aber auch Espen- und Fichtenholz. Die Tagesleistung einer Hobelmaschine im Betriebe der Weißenfelser Zahnstocherfabrik beträgt rund 100 000 Stück. Die Erzeugnisse der Weißenfelser Zahnstocher-Industrie sind weithin bekannt, und exportiert beispielsweise die Weißenfelser Zahnstocherfabrik nach Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Spanien, der Schweiz, Rumänien, Serbien, der Türkei, Egypten, Palästina, Rußland, Nordamerika und, durch Vermittelung Hamburger Exporteure auch nach Südamerika, Südafrika und Deutsch-China. Die genannte Fabrik stellt auch die sehr beliebten Reklamartikel Holzzahnstocher mit Firmendruck bezw. sonstigen Inschriften her.

+ **Jena**, 28. April. (Gemeinderat.) In der gestern abend abgehaltenen Sitzung machte Bürgermeister Frantz zunächst Mitteilung von einem Legat über 3000 Mk., das der verstorbene Rentier Friedrich Meister ausgesetzt hat. Sodann wurde mitgeteilt, daß der Landtag 43 000 Mk. als Staatsbeihülfe zu der Umpflasterung der Stadt bewilligt habe; ein nochmaliges Gesuch, die Summe auf die Hälfte der noch nicht genau festzustellenden Kosten auszudehnen, sei leider nicht berücksichtigt worden. — Zwei Brunnen sollen aufgestellt bezw. erneuert werden, und zwar einer in der Feldstraße und der andere auf dem alten Friedhofe.

Thieles Kursbuch für Mitteldeutschland,

enthaltend die Sommer-Fahrpläne für 1909, liegt für die Postabonnenten der „Hallescheen Zeitung", also für diejenigen, welche außerhalb der Stadt Halle wohnen, der heutigen (Donnerstag) Frühausgabe (Nr. 198) bei. Für die Abonnenten innerhalb der Stadt Halle wird das Kursbuch der Freitag früh erscheinenden Nummer (200) der „Halleschen Zeitung" beigelegt.

Letzte Telegramme.

Die Führer der Konservativen beim Reichskanzler.

Berlin, 29. April. Die „Nationalztg." erfährt aus parlamentarischen Kreisen, daß der Reichskanzler am Mittwoch abend die Führer der konservativen Partei, Freiherrn v. Manteuffel, v. Normann und v. Heydebrand zu einer Besprechung bei sich empfangen habe. (W. T.-B.)

Eine neue Reise des Kronprinzen nach Oesterreich.

Wien, 29. April. Die Teilnahme des deutschen Kronprinzen an den kaiserlichen Hofjagden im Salzkammergut ist für die Zeit vom 17. bis 21. Juli in Aussicht genommen.

Die Luftschiffahrt.

Eisenach, 29. April. Der Ballon „Mönus" des Frankfurter Vereins für Luftschiffahrt geriet gestern am Inselsberg in einen Wirbelwind, sodaß die Landung unmöglich war. Bei der Schleiffahrt erlitt der Zahnarzt Dr. Frey aus Frankfurt einen Armbruch. Der Ballon wurde in kaum drei Stunden von Frankfurt nach Thüringen getrieben.

§ 29 des Berliner Vertrages.

Petersburg, 29. April. Prinz Danilo von Montenegro ist hier inoffiziell eingetroffen und hat Iswolski besucht. Er wird heute eine Audienz beim Zaren haben. Wie verlautet, hängt der Besuch zusammen mit der Abänderung des § 29 des Berliner Vertrages (Antivari-Angelegenheit).

Die Ruhe in Konstantinopel gesichert.

Konstantinopel, 29. April. Nachdem hier die Ruhe gesichert zu sein scheint, wurden die Wachen bei den diplomatischen Missionen bis auf je einen Militärschüler, Gendarmen und Polizeibeamten zurückgezogen.

Wie in der Türkei bestochen wurde.

Konstantinopel, 28. April. Nach Aussagen gefangener Meuterer wurde ihnen indirekt vom Sultan Geld gegeben. Ein Feldwebel, der das 4. Jägerbataillon verführte, erhielt 15 000 Pfd., gleich 280 000 Mark, sowie das Patent als Oberst.

Beckert wird ausgeliefert.

Berlin, 29. April. Der „Voss. Ztg." zufolge beschloß die chilenische Regierung, den früheren Sekretär der deutschen Gesandtschaft in Santiago, Beckert, der des Mordes an dem Pförtner der Gesandtschaft und der Brandstiftung beschuldigt wird, an die deutsche Regierung auszuliefern.

Zwanzig Dörfer geplündert.

Aden, 28. April. Leute des Stammes Warsangli haben unter Führung eines Sohnes ihres Sultans zwanzig Dörfer geplündert und viele englandfreundliche Eingeborene getötet.

Dampferkollision.

New-York, 29. April. Der Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm II." kollidierte mit dem Dampfer „Prinz Friedrich Wilhelm". Beide wurden beschädigt.

Börsen- und Handelsteil.

Die Stimmung ist indessen noch [illegible] Börsenverkehrs liberalen anschließen wird. Vorbei ist die Zeit, [illegible] Börsen-eine andere Steuer als die Nachlaß- oder die erwartete [illegible] Besitzsteuer können als Besitzsteuer nicht gefunden [illegible] Preise. Jetzt ist die angeblich Unfindbare gefunden und [illegible] gegen im Handeln, ihrer Taufe als Reichsbesitzsteuer [illegible] tüchtigen Sprung [illegible] beizuwohnen. Die Deutschbeste Zucker selbst 10,60 M, ohne Sackpflicht getan und Tarif I, die 50 Kilogramm wurde von [illegible] Raffinerien willig bezahlt. Hallesche Zuckerpreise entWochenmitte 10,30 M ohne Sack, ab Stationen. In Nachzeugnissen blieben die Zufuhren recht mäßig, die Raffinerien waren fast ausschließlich die Käufer, wobei ca. 20—15 ₰ die 50 Kilogramm höhere Preise bewilligt wurden. Der hiesige amtliche Freitagsbericht gab die Umsätze mit 296 000 Ztr. (lediglich Zucker aus erster Hand) an, sonst meldeten Hamburg 294 000 Zentner (erste und zweite Hand), Braunschweig 63 000 Ztr., Halle a. S. 70 000 Ztr., Stettin 21 000 Ztr., Danzig 6000 Zentner und Breslau 127 000 Ztr. Für Raffinaden zeigte das Inland in der ersten Hälfte der Berichtszeit gar keine Unternehmungslust, erst in den letzten Tagen begann es sich etwas zu regen. Granulated vollständig geschäftslos. Der Terminmarkt setzte am Dienstag in stetiger Stimmung ein, nahm aber noch am Abend dieses Tages eine festere Haltung an. Am Mittwoch war es mit der Festigkeit vorbei, am Donnerstag war der Ton des Marktes zunächst ruhiger, ein Umschwung in dem Gang des Marktes trat erst wieder ein, als aus Kuba Nachrichten über starke Niederschläge einliefen. Als dann weiter New-York kabelte, daß Zentrifugals greifbar zu 3,92 cts., Mai-Abladung zu 3,98 cts. p. lb., frei New-York, gehandelt seien, kam am Sonnabend sogleich eine feste Stimmung zum Durchbruch, die Preise setzten sofort 10 ₰ die 100 Kilogramm höher ein, schwankten darauf leicht hin und her, waren zum Schluß der Börse wieder recht fest, am Nachmittag jedoch 5 ₰ abgeschwächt auf wiederfriedigende auswärtige Berichte. Der Verlauf des heutigen Marktes war behauptet, die amtliche Feststellung ergab für Kornzucker Grundl. 88 Proz. Rend., die 100 Kilogramm, fob. Hamburg: April 21,10 Br., 21 Gd., Mai 21,15 Br., 21,05 Gd., August 21,45 Br., 21,35 Gd., September 21,20 Br., 21,10 Gd., Oktober 20,05 Br., 19,95 Gd., Oktober-Dezember 19,95 Br., 19,85 Gd., Januar-März 20,25 Br., 20,15 Gd., März 20,35 Br., 20,25 Gd. 25—20 ₰ die 100 Kilogramm beträgt die Besserung für laufende und 10 ₰ für neue Ernte, letztere fand zeitweilig noch 7½ ₰ höher. Das Hamburger Gesamtlager hat 66 000 Doppel-Zentner zugenommen gegen 8800 D.-Ztr. Abnahme im Vorjahre, das wirklich feste Lager hat sich um 500 D.-Ztr. auf 4000 D.-Ztr. ermäßigt, im Vorjahre um 1900 D.-Ztr. auf 441 800 D.-Ztr. erhöht. Angekommen sind 406 000 D.-Ztr., verschifft wurden 36 700 D.-Ztr. Rohzucker, sowie 302 700 D.-Ztr. Raffinaden. — Am Londoner Markt war die Stimmung meist stetig, die Preise haben für sämtliche Sichten 1½ d. p. cwt. angezogen. Die Raffinerien zahlten für 88 Proz. Rend. bis 10 sh. 5¾ d., für Nacherzeugnisse Grundl. 75 Proz. Rend. 8 sh. 9¾ d. bis 8 sh. 11¼ d. fob. Schlußpreise für Beet 88 Proz. Rend., p. cwt., fob. Hamburg: April 10 sh. 5¾ d. Wert, Mai 10 sh. 5½ d. Käufer, August 10 sh. 7¾ d. bez. und Abgeber, Oktober-Dezember 9 sh. 10¾ d. Wert, Januar-März 10 sh. ¼ d. Wert. Granulated ruhig bei kleinen Umsätzen. — Der Pariser Markt zeigte zumeist behauptete, nur vorübergehend etwas ruhigere Haltung, der Schluß war fest. Schlußpreise Sonnabend mittag für Weiß Nr. 3 die 100 Kilogramm: April 31,00 Fr. Abgeber, Mai 31,12½ Fr. Abgeber, Mai-August 31,25 Fr. Käufer, Oktober-Januar 29,25 Fr. Abgeber. — Der Prager Markt war bald stetig, bald ruhig, schließlich stetig, laufende Ernte besserte sich 20, neue 10 Heller die 100 Kilogramm auf. In Fabrikzuckern gelangten mehrere Restläger zum Verkauf, dagegen waren Umsätze in neuer Ernte mangels Fabrikangebots recht gering. Raffinaden ohne Aenderung. — Der New-Yorker Markt war durchweg stetig, trotzdem die Preise mehrfachen Schwankungen nach unten und oben unterworfen waren. Am Mittwoch gaben die Kurse 0,04, am Donnerstag weitere 0,02 cts. p. lb. nach. Am Freitag notierten Zentrifugals wieder 0,06 cts. höher, und am Sonnabend wurden diese Zucker auf Mai-Verschiffung weitere 0,06 cts. höher, d. h. zu 3,98 cts. p. lb. frei New-York gehandelt. — In Deutschland war die Witterung durch abwechselnden Regen mit Sonnenschein vorteilhaft für die Wintersaaten und auch förderlich für die Aussichten im Sommergetreide, das Legen der Kartoffeln und das Ausdrillen von Rübenkernen, die jetzt in größerem Maßstabe vor sich gehen; eigentlich nur der Osten ist im Rückstande.

*

W. **Reichsbank.** Heute, Donnerstag, findet eine Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank statt.

W. Wollauktion in Antwerpen, Mittwoch 28. April. Bei guter Beteiligung und lebhafter Nachfrage eröffnete die Auktion zu höheren Preisen. Feine Merinos und Crossbreds 5 Prozent höher, geringere Sorten bis 5 Prozent höher. Laut Katalog sind hauptsächlich geringere Sorten von Crossbreds angeboten. Von 3300 angebotenen Ballen wurden 2010 verkauft und zwar 889 Ballen Buenos Aires, 136 Montevideo, 49 Concordia, 10 Entre Rios, 835 Punta Arenas, 89 Australier und 2 Ballen diverse.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

L. **Hamburg**, 28. April. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Durum I prompt 248 M, Mai/Juni 247 M, Rosafé 79/80 kg schwimmend 248½ M, März/April 248 M, Barletta Russo 80 kg schwimmend 248 M, April/Mai 247 M, Ulka 9 Pud 30 schwimmend 248 M, 10 Pud April/Mai 249 M, Sibirischer 74/75 kg prompt 233½ M, Mai/Juni 233 M, Austral. Jan./Febr. 258 M. — **Futtergerste:** Südrussl. 60/61 kg schwim. 133 M, lad. gelad. 131 M, April 130½ M, 10tägig 130½ M, Mai 130½ M, Juni 130½ M. — **Hafer:** Nordrussl. 50/51 kg 3 % April/Mai 179 M, 47/48 kg Mai/Juni alt 180 M, La Plata 46/47 kg ausneg. 170 M, Südrussl. 48/49 kg 2 % lad. gelad. 177½ M. — **Mais:** La Plata April/Mai 148½ M, Mai/Juni 147½ M, Mixed Mai 165½ M, Odessa schwim. 153 M, lad. gelad. 152 M.

— **Berlin**, 28. April. (Berliner Produktenbörse.) Die amtlich festgestellten Preise waren am Frühmarkt: Weizen, inländ. 243—241 M ab Bahn u. frei Mühle, Juli 233,00—233,50—233,25 M. Roggen, inländ., 175,50—176,50 M ab Bahn und frei Mühle, Mai 176,50—176,00 M, Juli 182,00 M, Septbr. —,— bis —,— M. Hafer, märk., mecklenb., pomm., preuß., pos. und schles. sein 197 bis 205 M, mittel 191—196 M, gering 187—190 M, russ. und Donau mittel 177 bis 187 M, gering 171—176 M ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. Mixed 172,00—175,00 M, runder 174,00—178,00 M frei Waggon. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 158,00—174,00 M, gute 175,00—186,00 M, russische und Donau leichte 142 bis 146 M, schwere —,— M, ab Bahn u. frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländ. Futterwaare mittel 186—196 M. Taubenerbsen 197—206 M ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 30,00—32,50 M. Roggenmehl 0 und 1 21,50 bis 23,80 M. Weizenkleie 11,70—12,25 M. Roggenkleie 11,60—12,20 M. — Mittagsbörse: Weizen inländ. 243,00—244,00 M ab Bahn, Mai 241,25—241,75 M, Juli 233,25—234—233,25—234,25 M, Sept. 211,75—212,00—211,50—212,00 M. Roggen, inländ. 175,50—176 M ab Bahn, Mai 175,75—176,00—175,50—175,75 M, Juli 181,75 bis 181,25—181,50 M. Hafer Mai 176,75—176,25—176,50 M. Juli 178,50—178,00—178,25 M. Mais Juli 155,00—154,00 M. Weizenmehl 00 30,00 bis 32,50 M. Roggenmehl 0 und 1 21,50—23,80 M, Mai 21,80—21,75—21,80 M. Rüböl April 52,40 M Brief, Mai 52,00—52,20 M, Oktober 53,40—52,80—53,20—53,10 M.

L. **Weltmarkt, Berlin**, 28. April. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mark für 1000 kg ausschl. Fracht, Zoll und Spesen. (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) **Weizen:** Berlin, 755 gr., Mai 241,75, Juli 234,25. Newport Red Winter Nr. 2 loko 215,65, Mai 194,85. Chicago Northern I Spring, Mai 186,40, Juli 167,30. Liverpool Dezember Nr. 2, Mai 194,10. Paris Lieferungsware April 205,70. Odessa Ulka 9 m/so 3—4 %. Buenos-Aires Mai [illegible] die Interessen des Deutschen Landwirtschaftsrates die Streichung der Amtszulagen von den Finanzminister, das Herrenhaus [illegible] setzen, ganze Arbeit zu leisten. Mais [illegible] Mai 131,20. Buenos-Aires Durchschn. [illegible]

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 27. April. Prima Kartoffelmehl und Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 22,75—23,25 Mk. Die Handelskammer.

— **Berlin**, 28. April. Kartoffelstärke 23,00—23,50 Mk., Kartoffelmehl 23,00—23,50 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen**, 28. April. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 62,75—63,75 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—111 Ltr.) 70,25—71,25 Mk. per Loko-Lieferung. Ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg**, 28. April. Spiritus matt, April 21½ G., April-Mai 21 G., Mai-Juni 21 G.

— **Paris**, 28. April. Spiritus ruhig, April 39,50, Mai 39,75, Mai-Aug. 40,00, Sept.-Dez. 38,25.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 28. April. Rüböl loko 59,00, Mai 58,50.

— **Hamburg**, 28. April. Rüböl ruhig, loko verzollt 57,00.

— **Amsterdam**, 28. April. Leinöl flau, loko 22¾, Mai 22⅝, Mai-August 22¾, Sept.-Dezbr. 23, Januar-April 22⅞.

— **Paris**, 28. April. Rüböl behauptet, April 63,25, Mai 63,25, Mai-August 63,00, Sept.-Dez. 63,50.

W. Pest, 28. April. Raps per August 14,70 Gd., 14,80 Br.

Zucker.

W. Hamburg, 28. April. Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 100 Kilo per April 20,90, per Mai 20,95, per August 21,25, per Oktober 19,90, per Dezember 19,80, per März 20,15. Tendenz: ruhig.

— **London**, 28. April. 96 % Java-Zucker prompt ruhig, 11 sh. 4½ d. Verk. Rüben-Rohzucker April stetig, 10 sh. 4½ d. Käufer.

Kaffee.

— **Hamburg**, 28. April. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos Mai 34½ G., September 33 G., Dezember 32 G., März 31¾ G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam**, 28. April. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 40.

— **Havre**, 28. April. Kaffee. Good average Santos Mai 45,00, Sept. 43,00, Dezember 42,25, März 42,00. Tendenz: ruhig.

W. Rio de Janeiro, 27. April. Kaffee. Zufuhr 2900 Sack in Rio, 2000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 28. April. Baumwolle, sehr ruhig, Upland middling loko 52¼ Pfg.

— **Antwerpen**, 28. April. Wolle. La-Plata-Zug Type B. Juni 5,75 Käufer, Februar 5,62½ Käufer. Behauptet.

— **Liverpool**, 28. April. Baumwolle. Umsatz 7000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 Ballen. Tendenz: Ruhig, Amerikan. good ordinary Lieferungen: Kaum stetig. Per April 5,35, per April-Mai 5,34, per Mai-Juni 5,34, per Juni-Juli 5,39, per Juli-August 5,42, per August-Septbr. 5,40, per Sept.-Okt. 5,38, per Okt.-Nov. 5,35, per Nov.-Dez. 5,33, per Dez.-Jan. 5,32.

Petroleum.

— **Hamburg**, 28. April. Petroleum flau, Amerik. spez. Gewicht 0,800 7,25.

Metalle.

— **Amsterdam**, 28. April. Banczinn flau, loko 80½.

— **London**, 28. April. Silber 24⅛ Lstrl., Chili-Kupfer 57¼ Lstrl., per 3 Monate 58 Lstrl., Blei, span., 13 7/16 Lstrl., engl. 13¾ Lstrl., Zinn 132½ Lstrl., Zink 21⅝ Lstrl.

— **Glasgow**, 28. April. Roheisen. Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 47 sh. 5½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Halle**, 27. April. (Bericht der Schlachtvieh-Versicherung des Landw. Bauernvereins des Saalkreises zu Halle a. S. (e. G. m. b. H.). Tatsächlich erzielte Lebendgewichtspreise auf Grund der in der Zeit vom 19.—24. April eingegangenen Versicherungen.

Ochsen: Kl. Ia —; Ib 6—5jähr., 1800—1590 Pfd., 36 bis 35 M, 4 Verk.*; IIa —; IIb —; IIIa —; IIIb —.

Bullen: Kl. Ia —; Ib 3—2½jähr., 1900—1250 Pfd., 36 bis 35 M, 4 Verk.*; IIa 3jähr., 1360 Pfd., 34 M, 1 Verk.*; IIb 2jähr., 1035 Pfd., 32 M, 1 Verk.*; IIIa —; IIIb —.

Stiere: Kl. Ia —; Ib —; IIa 4jähr., 1316 Pfd., 34 M, 1 Verk.*; IIb —; IIIa —; IIIb —.

Kühe: Kl. Ia —; Ib —; IIa 6—4jähr., 1360—1135 Pfd., 33—32 M, 6 Verk.*; IIb 8—5jähr., 1300—1020 Pfd., 31—30 M, 5 Verk.*; IIIa —; IIIb —.

Schweine (ohne Qualitätsbezeichnung): 400—260 Pfd., 53 M, 9 Verk.*; 340—253 Pfd., 52 M, 18 Verk.*; 290—272 Pfd., 51 M, 5 Verk.*; 342—190 Pfd., 50 M, 23 Verk.; 347—190 Pfd., 49 M, 5 Verk.*; 346—300 Pfd., 48 M, 7 Verk.* — Durchschnittspreis: 50,73 M per Zentner. — *Nicht Einzeltiere, sondern Verkaufsgruppen.

— **Berlin**, 28. April. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 522 Rinder (darunter 311 Bullen, 89 Ochsen, 122 Kühe und Färsen), 3007 Kälber, 826 Schafe, 14 124 Schweine. Ochsen: A. ——, B. ——, C. ——, D. ——. M. Bullen: A. ——, B. ——, C. ——. M. Färsen u. Kühe: A. ——, B. ——, C. ——, D. ——. E. ——. M. Kälber: A. 93—97, B. 83—88, C. 59—64, D. ——. M. Schafe: A. 69 bis 70, B. 66—68, C. 55—60, D. ——. M. Schweine: A. 61—62, B. 59—60, C. 57—58, D. 57—58. M. — Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 270 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich ruhig; ausgesuchte Kälber brachten Preise über Notiz. Der Auftrieb an Schafen fand Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wird ziemlich geräumt; ausgesuchte Schweine brachten 2 M über höchste Notiz.

Magervieh- und Friedrichsfelder. (Amtlich.)

⊙ **Friedrichsfelde**, 28. April. Auftrieb: 4940 Schweine 334 Ferkel. Verlauf des Marktes: Mittelmäßes Geschäft; Preise gedrückt. Es wurde gezahlt im Engroshandel für: Läuferschweine: 6 bis 7 Monate alt 34—55 M, 3—5 Monate alt 28—33 M; für Ferkel, mindestens 8 Wochen alt, 22—28 M, unter 8 Wochen alt 16—21 M.

Butter. Schmalz. Speck.

+ **Berlin**, 28. April. Bericht von Gebr. Gause. (Originalbericht der Hall. Ztg.) Butter: Die heutigen Notierungen sind: Hof- und Genossenschaftsbutter Ia Qual. 114—116 M, do. Ia Qual. 112—114 M. — Schmalz: Die heutigen Notierungen sind: Choice-Western Steam 59,00—59,50 M, amerikanisches Tafelschmalz Borussia 62,00 M, Berliner Stadtschmalz Krone 60,00—66,00 M, Berliner Bratenschmalz Kornblume 61,00—66,00 M. Speck: ruhig.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 28. April. Roter Winter-Weizen loko 140, per Mai 126⅞, per Juli 116⅞, per Sept. 109, per Dez. —,—. Mais per Mai 80⅞, per Juli 77¼, per Sept. 75¾. Mehl 4,85. Getreidefracht nach Liverpool 1½.

W. Chicago, 28. April. Weizen per Mai 122, per Juli 109⅝, Mais per Juli 68½.

W. New-York, 28. April. Petroleum Standard white in New-York 8,50, do. in Philadelphia 8,45, do. in Refined Cases 10,90, do. Credit Balances at Oil City 178.

W. New-York, 28. April. Schmalz Westernsteam 10,80, Rohe und Brothers 11,05.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Gebensleben für Handel, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Lokales Arthur Bierbach; Schlußredaktion: A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:3:1-171133730-16872166X190904292-16/fragment/page=0003

Berliner Börse, 28. April 1909

Die Rubrik in Quadratschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet: 1 Jan. | 4 Apr. | 7 Juli | 10 Okt. | 1. 1. | 4. 1. | 7. 1. | 10. 1. | 15. 2. | 15. 5. | 15. 8. | 15. 11. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. | 15. 1. | 15. 4. | 15. 7. | 15. 10. | 1. 2. | 1. 5. | 1. 8. | 1. 11. | 1. Mai | 1. Aug. | 1. Nov. | 1. 2. | 1. 5. | 1. 8. | 1. 11. | 15. 2. | 15. 5. | 15. 8. | 15. 11. | 1. 3. | 1. 6. | 1. 9. | 1. 12. | 15. 3. | 15. 6. | 15. 9. | 15. 12. | 1. 6. | 1. 9. | 1. 12. | 1. 3. | 1. 6. | 1. 9. | 1. 12. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. | 1. 1. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. | 1. 2. | 1. 5. | 1. 8. | 1. 11. | 1. 3. | 1. 6. | 1. 9. | 1. 12. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. | 1. 1. | 1. 4. | 1. 7. | 1. 10. | 1. 2. | 1. 5. | 1. 8. | 1. 11. | 1. 3. | 1. 6. | 1. 9. | 1. 12.

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85, — 7 fl. sdd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Rbl.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Dollar: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 3½% Lombardzinsfuß 4½% Privatdiskont 1⅞%. Nachdruck verb.

Diese Zeitung wird von den Rentenwerten ist der Zinstuse von Kurzesteln 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an, Ausländische Papiere in Prozenten notiert.

Erläuterungen zum Kurszettel: Von den Obligationen der Industriellen sind diejenigen, welche hypothekarisch sichergestellt sind, mit einem Stern (*) gekennzeichnet. Von den über pari rückzahlbaren Obligationen industrieller Gesellschaften sind die mit 101, 102, 103, 104 oder 105 rückzahlbaren Obligationen entsprechend mit 1, 2, 3, 4 oder 5 bezeichnet.

Für Zinsscheine und Dividendenwerten Gesellschaften, Banken u. Bahn-Aktien Versicherungsaktien und Genussscheine werden frei von Zinsen in Mark pro Stück, notiendende Papiere in Prozenten notiert.

Die Berliner Börse, Kurszettel, Ausgabe jeder Akte die zum Tage

Ausland.

Und die Königin von England sowie die Kaiserin von Rußland sind in Palermo eingetroffen. Der Ausgang der Wahlen in Spanien ist vorläufig noch unsicher. Die Unterkünfte und Austausche eingetroffen, welche bei der Kommissionsberatung, ausgeführt wurden und die gemäß den Berichten der Telegraphen Vereins sehr zahlreich wurden. Auskünfte werden nicht die einzelnen Familien dienlich. In dieser Angelegenheit Sitz der Vereinigung in Paris, 15 Rue [illegible] (Generalsekretär Professor Langevin).

Wechselkurse

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190904292-16/frequent/page=0004